

Format de citation

Poláčková, Zuzana: Rezension über: Emilia Hrabovec / Beata Katrebova-Blehova, Slowakei und Österreich im 20. Jahrhundert. Eine Nachbarschaft in historisch-literarischer Perspektive, Wien: LIT, 2008, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO), 59 (2010), 1, S. 139-141, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/84b4c124a46a1851767ce5341b250d04>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

„Schnüffeleien“ wurde geradezu listig durch Parteieintritt in die NSDAP begegnet.“ Entgegen dem Forschungsstand erklärt der Autor damit „z.T. auch die enorm hohe Mitgliederzahl an Parteimitgliedern in den Sudetengebieten“.

Der Band gliedert sich in vier Teile, wovon der erste Teil am interessantesten ist. In ihm setzt sich der Autor u.a. kritisch mit dem Geschichtsbild der Sudetendeutschen auseinander, in dem teilweise bis zum heutigen Tag der Einmarsch der deutschen Wehrmacht und die im direkten Anschluss daran beginnende Verhaftung von Regimegegnern und die Verfolgung der Juden als „Befreiung“ verstanden werden. Darauf folgt der zweite Teil, in dem unterschiedliche Formen des Widerstands dargestellt werden. Der dritte Teil stellt Biographien von Menschen vor, die sich gegen die nationalsozialistische Herrschaft gestellt haben und deswegen verfolgt wurden. Im vierten Teil finden sich schließlich abgedruckte Dokumente, Statistiken und Karten.

Ablehnung gegen die nationalsozialistische Herrschaft zu zeigen oder gar Widerstand zu organisieren, war im „Sudetengau“ wie auch in den anderen an das Deutsche Reich angegliederten, mehrheitlich deutsch besiedelten Regionen der zerstörten Tschechoslowakei tatsächlich eine besonders schwierige Angelegenheit. Bereits seit dem Frühjahr 1938 hatte die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei forciert durch die Sudetendeutsche Partei einen Prozess der Selbstgleichschaltung vollzogen. Neben der Selbstauflösung bürgerlicher Parteien und Verbände (darunter auch der katholischen Kirche nahestehender Gruppen) führte dies bereits zum aggressiven Vorgehen gegen Juden, Tschechen und politisch Andersdenkende. Für organisierten Widerstand oder Formen der Resistenz bot diese Entwicklung zusammen mit der Anschlusseuphorie nach dem Münchener Abkommen und der raschen, nicht zuletzt durch sudetendeutsche Nationalsozialisten unterstützten Machtdurchsetzung des nationalsozialistischen Regimes denkbar schlechte Bedingungen. Widerstandsaktivitäten Einzelner wie auch Formen der Ablehnung im Alltag, wie sie sich tatsächlich zum Teil im kirchlichen Milieu zeigten, und ihre Einordnung in den Kontext der Geschichte des Protektorats, des Sudetengaus und der weiteren an Deutschland angegliederten Gebiete sind in der Tat ein noch nicht ausreichend bearbeitetes Thema. Der vorliegende Band, in dem leider zahlreiche Tipp- und Formatierungsfehler auffallen, bietet hierzu Anregungen und Diskussionsstoff, ohne seine eigene Zielsetzung einlösen zu können.

München

Martin Zückert

Slowakei und Österreich im 20. Jahrhundert. Eine Nachbarschaft in historisch-literarischer Perspektive. Hrsg. von Emilia Hrabovec und Beata Katrebova-Blehova. LIT-Verlag, Wien 2008. 256 S. ISBN 978-3-8258-9574-7. (€ 24,90.)

Die Problematik der slowakisch-österreichischen und österreichisch-slowakischen Beziehungen genoss in der tschechoslowakischen bzw. slowakischen Historiographie im 20. Jh. nur begrenzte Aufmerksamkeit. Eine ähnliche Feststellung gilt auch für andere Geisteswissenschaften wie Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie und Anthropologie. Im Vorwort zum vorliegenden Sammelband wird zwar festgestellt, dass trotz gemeinsamer Grenze und wichtiger historischer Ereignisse „im historischen Bewusstsein der Bevölkerung eine konkrete Wahrnehmung des anderen fehlt und die Geschichte der vielschichtigen Wechselbeziehungen vielfach erst entdeckt und geschrieben werden muss“ (Emilia Hrabovec: Einige einleitende Gedanken zu österreichisch-slowakischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, S. 1). Dennoch werden einige gesellschaftlich und außenpolitisch bedeutsame und für die Entwicklung Mitteleuropas maßgebliche Probleme nicht berücksichtigt, Gleiches gilt für einige Fragen der slowakisch-österreichischen Beziehungen, die nach 1989 in österreichischen und slowakischen Publikationen verhältnismäßig ausführlich bearbeitet

worden sind.¹ Zu nennen wären hier vor allem die Entstehung der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie nach 1918 und in diesem Zusammenhang die Rolle slowakischer Politiker in Wien bei der Entstehung der ČSR. Eine weitere wichtige Frage der slowakisch-österreichischen Beziehungen war die Gewährung von Asyl in Bratislava für die führenden Repräsentanten der österreichischen Sozialdemokratie und der intellektuellen Elite während des Bürgerkriegs in Österreich im Februar 1934. Ebenfalls nicht behandelt werden in der Publikation die österreichisch-slowakischen Beziehungen vor, während und nach 1968 sowie die Frage, in welcher Form diese Ereignisse, die Normalisierung in der ČSSR in den 1970er Jahren und die Phase bis zur Novemberrevolution 1989, die Beziehungen zwischen Wien und Bratislava beeinflusst haben. Das Weglassen der Asylproblematik (in der ČSR 1934 und in Österreich vor allem 1968) weist auf fehlendes Verständnis für die Bedeutung dieser Ereignisse für die Entfaltung der demokratischen Tradition in den Beziehungen beider Nachbarländer hin.

Andererseits finden sich Beiträge von rein ideologisch-politischer Prägung ohne wissenschaftlichen Gehalt (Jozef M. Rydlo: Einige Gedanken zur Geschichte der Slowaken in Österreich) oder wissenschaftlich wertvolle Arbeiten, die jedoch praktisch keine relevanten Fakten über die slowakisch-österreichischen Beziehungen erbringen (Maddalena Guiotto: Italien und die Tschechoslowakei im mitteleuropäischen Kontext der Zwischenkriegszeit). Außerdem wurden mehrere Artikel schon einmal in ausführlicher oder gekürzter Fassung veröffentlicht (Robert Letz: Die slowakischen Vereine in Wien; David Schriffel: Die Rolle Wiens im Prozess der Staatswerdung der Slowakei 1938/39, der Letztere ist ansonsten ein interessanter Beitrag zur Problematik der Beziehungen zwischen Österreich nach dem Anschluss und der Staatswerdung der Slowakei).

Was die Form und den Inhalt betrifft, stellt dieser Sammelband eine eher heterogene Publikation dar: Die Hrsg. haben sich offensichtlich nicht konsequent darum bemüht, für alle Autoren dieselben Kriterien anzuwenden, und auch der Umfang der veröffentlichten Beiträge schwankt erheblich (zwischen 10 und 41 Seiten). Es fehlen auch die sonst üblichen Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge.

Trotz dieser Mängel präsentiert die vorliegende Publikation auch einige neue Aspekte der slowakisch-österreichischen Beziehungen im 19. und 20. Jh., vor allem hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen kirchlichen und kulturellen Persönlichkeiten und Institutionen. Offensichtlich ging es den Herausgebern gerade hauptsächlich darum und von diesem Gesichtspunkt aus erscheint der Titel des Sammelbands als zu breit formuliert. Konkret sei hingewiesen auf das Quellenstudium von Ján R. Kvačala in Wien (Karl W. Schwarz: Der lutherische Theologe Ján Kvačala – ein Bahnbrecher der modernen Comeniusforschung und eine Brücke zwischen Pressburg/Bratislava und Wien), ideelle und geistige Bindungen zwischen Jozef C. Hronský, Sigmund Freud, Stefan Zweig und Arthur Schnitz-

¹ Für notwendig erachten wir es, das im vorliegenden Sammelband zitierte Studienverzeichnis um thematisch relevante wissenschaftliche Veröffentlichungen zu ergänzen: MIROSLAV PEKNÍK: Milan Hodža – štátnik a politik [Milan Hodža – Staatsmann und Politiker], Bratislava 2002; IVAN SIPTAK: Is History a Fate? Relations and Mental Maps between Austria and Slovakia in Connection with EU Enlargement, in: Central European Science Review 2 (2001), 6, S. 151-158; GABRIELE MATZNER-HOLZER: Im Kreuz Europas. Die unbekannte Slowakei, Wien 2001; PAVOL LUKÁČ, IVO SAMSON, ALEXANDER DULEBA: Višegrádska iniciatíva, regionálne iniciatívy a vzťahy SR so susednými štátmi [Visegrader Initiative, regionale Initiativen und die Beziehungen der SR mit den Nachbarländern], in: Slovensko 2000. Súhrnná správa o stave spoločnosti, hrsg. von M. KOLLÁR und G. MESEŽNIKOV, Bratislava 2000, S. 367-392; ZUZANA POLÁČKOVÁ: Príchod rakúskych utečencov do I. ČSR v roku 1934 [Die Ankunft der Flüchtlinge aus Österreich in der I. ČSR im Jahre 1934], in: Historický časopis 40 (1993), 5, S. 585-598.

ler (Mária Bátorová: Umbruchstendenzen im österreichischen Kulturambiente und die slowakische Literatur der Zwischenkriegszeit) sowie die Analyse der Aussichten in der damaligen slowakischen christlichen Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf die Ereignisse in Österreich vor und nach dem Bürgerkrieg im Jahre 1934 (Milan Katuninec: Der österreichische Ständestaat aus der Sicht des slowakischen christlichen Gewerkschaftsbundes).

Bratislava

Zuzana Poláčková

Jana Osterkamp: Verfassungsgerichtsbarkeit in der Tschechoslowakei (1920-1939). Verfassungsidee – Demokratieverständnis – Nationalitätenproblem. (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 243.) Vittorio Klostermann. Frankfurt am Main 2009. X, 309 S. ISBN 978-34-650-407-36. (€ 79,-.)

Mit dieser gründlichen Untersuchung der Geschichte des tschechoslowakischen Verfassungsgerichts in der Zwischenkriegszeit hat Jana Osterkamp eine überaus notwendige Pionierarbeit zur Schließung einer großen Forschungslücke geleistet, denn in der Geschichtsschreibung zur Ersten Tschechoslowakischen Republik hat man bisher dem Verfassungsgericht, wie überhaupt dem Wirken der Justiz, wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Man könnte einwenden, dass das Verfassungsgericht eine durchaus periphere Einrichtung gewesen sei, die wenig Einfluss hatte und von 1931 bis 1938 völlig ausgeschaltet war. Durch die sorgfältige Darstellung der vielen Auseinandersetzungen um die Prinzipien und Realisierung einer tschechoslowakischen Verfassungsgerichtsbarkeit gelingt es aber O., viel Neues und Wichtiges nicht nur über das Gericht als solches, sondern auch über das Demokratie- und Rechtsverständnis der tschechoslowakischen Juristen und Politiker tschechischer und deutscher Provenienz, die das Wirken des Gerichts und die Verfassungsorgane unterstützten oder kritisierten, zu Tage zu fördern. Es gelingt der Verfasserin zugleich, dieses Geschehen mit parallelen Entwicklungen in Österreich und Deutschland zu vergleichen und in eine historische Perspektive zu setzen, wodurch Kontinuitäten im tschechischen Rechtsdenken trotz des proklamierten radikalen Bruches mit dem Erbe des Habsburgerreichs im Jahre 1918 deutlich werden.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil, „Das Verfassungsgericht zwischen Recht und Politik“, wird die das Verfassungsgericht etablierende Gesetzgebung, die Bestellung der (fast ausschließlich tschechischen) Verfassungsrichter, das Maß an institutioneller Unabhängigkeit, das Verfahren vor dem Gericht und nicht zuletzt seine Zuständigkeiten analysiert. Es wird dargelegt, wie das Verfassungsgerichtsgesetz einen sehr engen Spielraum für die Gesetzeskontrolle des Gerichts festlegte, indem dieses nur auf Anträge aus einem kleinen Kreis von Antragsberechtigten reagieren konnte (von Amts wegen konnte das Gericht nur vorläufige Verfügungen des sogenannten „Ständigen Ausschusses“ des Parlaments überprüfen). Da das Parlament nie einen Normenkontrollantrag vorgelegt hat und die obersten Gerichte dies erst im Jahr 1936 taten, war das Verfassungsgericht schon aus strukturellen Gründen zur Passivität verurteilt. Deshalb blieben auch wichtige Diskussionen über seine Prüfungskompetenz und die *ex nunc* oder *ex tunc*-Wirkung negativer Verfassungsgerichtsentscheidungen reine Theorie.

Seiner geringen Aktivität ungeachtet sorgten die führenden tschechoslowakischen Parteien dafür, dass das Verfassungsgericht nach Ablauf der ersten Funktionsperiode 1931 sieben Jahre lang nicht neubesetzt wurde. O. weist nach, dass zunächst parteipolitische Streitigkeiten über mögliche Kandidaten dazu beitrugen; nach 1933 spielte aber der Wille der Regierung, in großem Maßstab Ermächtigungsgesetze anzuwenden, eine entscheidende Rolle. In seiner ersten und wichtigsten Entscheidung hatte nämlich das Verfassungsgericht 1922 die Übertragung gesetzgeberischer Kompetenzen auf die Regierung für verfassungswidrig erklärt. Dieses Thema wird intensiv im zweiten Teil des Buches, „Verfassungsgerichtsbarkeit und Ermächtigungsgesetze“, mit Hinblick sowohl auf die Verfassungskontrolle bis zum Untergang des Staates 1938-39 als auch auf die lebhaften Diskus-